

Peter Borowsky
Studenten in der deutschen Revolution 1848

aus

Peter Borowsky
Schlaglichter historischer Forschung
Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert
Aus dem Nachlass herausgegeben von
Rainer Hering und Rainer Nicolaysen

S. 187–199

Impressum

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf der Verlagswebsite frei verfügbar (*open access*). Die Deutsche Bibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver Der Deutschen Bibliothek verfügbar.

Open access verfügbar über die folgenden Webseiten:

Hamburg University Press – <http://hup.rrz.uni-hamburg.de>

Archivserver Der Deutschen Bibliothek – <http://deposit.ddb.de>

ISBN: 3-937816-17-8 (Printausgabe)

© 2005 Hamburg University Press, Hamburg

Rechtsträger: Universität Hamburg, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland

<http://www.ew-gmbh.de>

Peter Borowsky (1938–2000) war ein engagierter Geschichtsforscher und begeisterter Geschichtsvermittler. Mehr als 30 Jahre lehrte er am Historischen Seminar der Universität Hamburg Neuere Geschichte. Er prägte Generationen von Studierenden nachhaltig durch seine Kompetenz und seine Art, Geschichte lebendig zu vermitteln. Diese wird auch in den 14 Beiträgen zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert deutlich, die hier erstmals veröffentlicht werden. Die Themenpalette reicht von den Hohenzollern bis zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, umfasst die Studenten in der Revolution von 1848, Hamburger Geschichte im 19. Jahrhundert, die Entwicklung von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“, die deutschen Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und den USA. Zwei Texte beschäftigen sich anschaulich mit der Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft und dem „Historikerstreit“.

Inhalt

I.	Vorwort der Herausgeber	7
II.	Geschichte der Geschichtswissenschaft	
1.	Deutsche Geschichtswissenschaft seit der Aufklärung (1978/79)	13
2.	Der Historikerstreit	63
	Wie geht die deutsche Geschichtswissenschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um? (1988)	
III.	Geschichte Hamburgs	
1.	Vertritt die „Bürgerschaft“ die Bürgerschaft?	89
	Verfassungs-, Bürger- und Wahlrecht in Hamburg von 1814 bis 1914 (1990)	
2.	Hamburg und der Freihafen	109
	Wirtschaft und Gesellschaft 1888–1914 (1987)	
IV.	Osteuropa	
1.	Zwischen Revisionismus und Realismus – die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933 (1986)	139
2.	Die deutsche Politik gegenüber den baltischen Staaten 1923 bis 1933	153
	Diplomatie im Spannungsfeld von Wirtschaftsinteressen und Minderheitenschutz (1991)	
3.	Die Ukraine – ein Nationalstaat?	173
	Systemveränderung und nationale Unabhängigkeit 1917 bis 1920 und heute (1994)	

V. 19. Jahrhundert

1. Studenten in der deutschen Revolution 1848 (1998) 187
2. Die Hohenzollern (1998) 201

VI. Von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“

1. Zwischen Volksheer und Reichswehr 217
Die Auseinandersetzungen über die deutsche
Wehrverfassung 1918/1919 (1992)
2. Wer wählte Hitler und warum? 235
Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse
1928 bis 1933 (1988)
3. Zerstörung oder Zusammenbruch? 255
Das Ende der Weimarer Republik 1929–1933 (1993)

VII. Bundesrepublik

1. Europa oder Amerika? 277
Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und den USA seit dem deutsch-französischen
Vertrag vom 22. Januar 1963 (1993)
2. Die politische Kultur der Bundesrepublik
Deutschland 1966–1983 (1992) 295

VIII. Anhang

- Zeittafel Peter Borowsky 317
- Bibliographie Peter Borowsky 321
- Personenregister 325

Studenten in der deutschen Revolution 1848*

Vor 150 Jahren, am 2. März 1848, versammelten sich über 1000 Bürger und Studenten in der Reithalle der Tübinger Universität zu einer Kundgebung. Der berühmte Dichter und Literaturprofessor Ludwig Uhland brachte am Anfang die Stimmung der Versammlung zum Ausdruck, als er ausrief: „Der Sturm, der in die Zeit gefahren ist, hat die politischen Zustände Deutschlands in ihrer ganzen unseligen Gestalt, Allen erkennbar, bloßgelegt.“ Er verlas dann eine Adresse an den Stuttgarter Landtag, die von Studenten der Tübinger Universität – Vertretern der Burschenschaften Germania und Walhalla – entworfen worden war. Darin wurden Forderungen zusammengefaßt, die die politisch aktiven Studenten seit Jahren kontinuierlich vorgetragen hatten:

- Ausbildung der Gesamt-Verfassung Deutschlands im Sinne eines Bundesstaates mit Volksvertretung,
- allgemeine Volksbewaffnung,
- Pressefreiheit,
- Aufhebung der Beschränkungen, welche gegen Vereine und Versammlungen zur Beratung öffentlicher Angelegenheiten bestehen,
- Öffentlichkeit der Rechtspflege,
- Revision der Verfassungsurkunde (von Württemberg).

1102 Tübinger Bürger, Studenten und Professoren unterzeichneten die Uhlandsche Adresse. Ähnliche Versammlungen gab es in anderen deutschen Universitätsstädten.

* Vortrag, gehalten anlässlich der Semestereröffnung des Fachbereichs Geschichtswissenschaft an der Universität Hamburg, 6. April 1998.

1 Vorgeschichte

Doch ehe ich auf die Vorstellungen und Aktionen der deutschen Studenten 1848 eingehe, will ich sie Ihnen kurz vorstellen: Wer waren diese Studenten? Was war ihr sozialer Hintergrund? Wie waren sie organisiert, und was waren ihre politischen Vorstellungen?

Anzahl der immatrikulierten Studenten im Sommersemester 1848

Berlin	1518	Jena	441
Bonn	720	Kiel	150
Breslau	768	Königsberg	312
Erlangen	419	Leipzig	894
Freiburg	231	Marburg	255
Gießen	508	München	1523
Göttingen	612	Münster	254
Greifswald	196	Rostock	110
Halle	681	Tübingen	731
Heidelberg	564	Würzburg	558
Insgesamt: 11.447			

Während des Sommersemesters 1848 waren rund 11.500 Studenten an den 20 hier aufgeführten Universitäten immatrikuliert. Nicht aufgeführt sind die ebenfalls zum Deutschen Bund gehörenden Universitäten Wien und Prag. Hier sehen Sie eine Problematik der deutschen Universitätsstatistik und -geschichtsschreibung: Sie ist auch für die Zeit vor 1870/71 auf das Territorium des Deutschen Reiches bezogen. Und ich werde in meinem kurzen Vortrag auch kaum auf die Aktionen der Studenten in Wien und Prag eingehen, denn vor allem die Rolle, die die Studenten während der Revolution in Wien spielten, verdiente einen eigenen Vortrag.

Die größten dieser 20 Universitäten waren Berlin und München mit 1518 bzw. 1523 Studenten (das sind weniger, als heute in Hamburg Geschichte studieren), die kleinsten Kiel und Rostock mit 150 bzw. 110 Studenten (so viele Teilnehmer sitzen manchmal in einem unserer Seminare). Die Studenten waren junge Männer – das Frauenstudium konnte in Deutsch-

land erst zu Beginn unseres Jahrhunderts durchgesetzt werden. Sie waren zwischen 18 und 19 Jahren alt, wenn sie sich immatrikulierten, und 25, wenn sie die Universität mit Examen verließen. Dies ist nicht ganz unwichtig, denn das Wahlalter lag damals – auch in den demokratischen Entwürfen der Paulskirche und der preußischen Nationalversammlung – bei 25 Jahren. Abgesehen von allen anderen Qualifikationen waren Studenten 1848 schon wegen ihrer Jugend nicht wahlberechtigt.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen die meisten deutschen Studenten aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum. Historiker und Sozialwissenschaftler haben festgestellt, daß mehr als die Hälfte aller Studenten 1848 Väter hatten, die ihrerseits eine Universität besucht hatten. Und die meisten dieser Väter wiederum waren Staatsbeamte. Sie gehörten zu einer sozialen Gruppe, die ganze 3 Prozent der Bevölkerung ausmachte, und reproduzierten ihre Schicht durch eine akademische Ausbildung. Zwischen 1844 und 1850 kamen 28,7 Prozent der Studenten aus dem Besitzbürgertum und 17,8 Prozent aus dem Kleinbürgertum. Die Zahl der Studenten, die aus nicht-bürgerlichen oder nichtadligen Schichten stammten, ist verschwindend gering.

Wie Sie wissen, kämpften viele Studenten im Befreiungskrieg 1813 gegen Napoleon und für ein einiges und freies Deutschland. Sie gründeten die Allgemeine Burschenschaft, um ihren politischen und hochschulpolitischen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Doch diese Organisation wurde schon bald durch die reaktionäre Politik des Deutschen Bundes unter Metternich zerstört. Die berühmten Carlsbader Beschlüsse von 1819 verboten die Burschenschaft, führten eine strenge Zensur ein und setzten eine straffe staatliche Aufsicht über Universitäten, Professoren und Studenten durch.

Die Burschenschaften existierten jedoch weiter in der Gestalt von Gesangsvereinen und Lesegesellschaften, in denen Studenten Fragen der nationalen Einheit und einer freiheitlichen Organisation der Gesellschaft diskutierten. Nach der Julirevolution von 1830 in Frankreich wagten sich auch deutsche Studenten wieder an die Öffentlichkeit. 1831 versammelten sich Studenten aus allen Teilen Deutschlands zum ersten deutschen Studententag in Frankfurt. Als Ziel der Burschenschaft wurde formuliert, es sei „herbeizuführen ein frei und gerecht geordnetes, in Volksfreiheit gesichertes Staatsleben im deutschen Volk“.¹ Der Stuttgarter Burschentag von 1832

¹ Konrad H. Jarausch: Deutsche Studenten 1800–1970. Frankfurt/Main 1984, 42.

proklamierte als Ziel der Burschen „die Erregung einer Revolution, um durch diese die Freiheit und Einheit Deutschlands zu erreichen“.²

Die Burschenschaften waren im Vormärz ein wichtiger Teil jener liberal und national gesinnten bürgerlichen Öffentlichkeit, die sich in Vereinen, in der Presse und in den Kammern der süddeutschen Verfassungsstaaten zunehmend bemerkbar machte. Den wohl stärksten Ausdruck dieser Bewegung stellt das Hambacher Fest im September 1832 dar. Mehr als 25.000 Menschen versammelten sich hier auf der Burg Hambach in der Pfalz, um für Freiheit und Einheit zu demonstrieren, darunter viele Studenten.

Die deutsche Studentenbewegung erlitt einen schweren Rückschlag, als 1834 der Versuch radikaler Studenten, die Frankfurter Hauptwache zu stürmen und den Deutschen Bundestag abzusetzen, scheiterte. Die Reaktion der deutschen Staatsgewalten war heftig: Mehr als 1200 Mitglieder der Burschenschaft wurden wegen Hochverrats angeklagt. In Preußen wurden 204 Studenten verurteilt, davon 39 zum Tode. Sie wurden zwar begnadigt, verbrachten aber Jahre ihres Lebens in Festungshaft. Zu ihnen gehörte auch der Dichter Fritz Reuter – *Ut mine Festungstid*.³

Aus den Trümmern der Allgemeinen Burschenschaft entstand in den 1840er Jahren eine neue Studentenbewegung: der Progress. Die Progress-Bewegung begann 1839 in Göttingen und breitete sich in den folgenden Jahren überall in Deutschland aus. Sie setzte sich vor allem für eine Reform der Universitäten und des Studentenlebens ein. Die Progress-Studenten waren für eine Abschaffung studentischer Privilegien, also des Duells, des Tragens von Farben und der akademischen Gerichtsbarkeit – alles Dinge, die Studenten von den Normalbürgern unterschieden. Sie stritten sich mit den aristokratischen Corps, da diese den Gegensatz zwischen Bürgern und Studenten, aber auch Konflikte innerhalb der Studentenschaft provozierten, und schlugen vor, alle studentischen Verbindungen überhaupt abzuschaffen und statt dessen die Studenten in einer „Allgemeinheit“, einer deutschen Studentenvereinigung, zu organisieren.

Man müßte die studentischen Debatten jener Zeit und das Echo, das sie auslösten, einmal diskursanalytisch durchleuchten – dazu fehlt mir hier die

² Zitiert nach Gerda Bartol: Ideologie und studentischer Protest. Untersuchungen zur Entstehung deutscher Studentenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. München 1978, 74.

³ Jarausch (Anm. 1), 43.

Zeit. Sagen läßt sich aber: Die Studenten und ihre Vereinigungen waren der sichtbarste Ausdruck der Unzufriedenheit im gebildeten Bürgertum des Vormärz. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung der Revolution, lösten sie allerdings nicht aus und spielten auch nur gelegentlich eine führende Rolle in ihr.

2 Deutsche Studenten im März 1848

Das Verhältnis zwischen der revolutionären Bewegung im März 1848 und den Universitäten war ambivalent: Einerseits ließen sich Professoren und Studenten von der revolutionären Bewegung mitreißen, andererseits gelang es ihnen, Einfluß auf die Bewegung zu nehmen oder sie in „geordnete Bahnen“ zu lenken, indem sie Volksversammlungen, Adressen und Deputationen organisierten und die wesentlichen politischen Forderungen artikulierten. Die einleitend erwähnte Tübinger Versammlung ist ein gutes Beispiel hierfür.

In allen Universitätsstädten unterstützte ein erheblicher Teil der Studentenschaft die revolutionäre Bewegung. Auf welche Weise dies geschah und welcher Mittel sich die Studenten bedienten, war höchst unterschiedlich. Ich nenne nur die wichtigsten:

1. Sie beteiligten sich an Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt und an militärischen Aktionen. Studenten kämpften auf den Barrikaden in Berlin; zwei fanden dabei den Tod. Die Mehrheit der Barrikadenkämpfer freilich waren Handwerksgesellen und Arbeiter. Die Studenten der Universität Kiel beteiligten sich am Krieg gegen Dänemark, als es um die Freiheit der Herzogtümer Schleswig und Holstein von Dänemark ging. Sie bildeten zwei Freikorps und landeten allerdings allesamt in dänischer Kriegsgefangenschaft. Zu ihnen hatten sich übrigens 50 bis 60 studentische Freiwillige aus Berlin, Jena, Marburg, Bonn, Mainz und Halle gesellt.⁴
2. Studenten organisierten Arbeiter, Handwerksgesellen und Bauern für und bei politischen Demonstrationen. In Berlin holte der Student Schlöffel die Arbeiter von Borsigs Lokomotiv-Fabrik auf die

⁴ Heide Thielbeer: Universität und Politik in der Deutschen Revolution von 1848. Bonn 1983, 186; Jarausch (Anm. 1), 51.

Barrikaden. Er fiel übrigens 1849 in Baden im Kampf gegen die preußische Armee. In Jena führten 50 Burschenschaftler am 11. März 1848 einen Protestzug von 5000 Handwerksgesellen und Bauern von Jena nach Weimar und zwangen den Großherzog, sein reaktionäres Kabinett zu entlassen und ein liberales zu ernennen. Als Organisatoren und „Rädelsführer“ des Arbeiterprotests taten sich vor allem die Wiener Studenten hervor. Sie riefen die Arbeiter in den Wiener Vorstädten zusammen und führten sie in die Innenstadt. Später organisierten sie eine akademische Legion, die die – allerdings auf Wien beschränkte – provisorische Regierung schützte und unterstützte.

3. Ein traditionelles Mittel studentischen Protests war der sogenannte Auszug. Während eines Konflikts zwischen Professoren und Studenten einer Universität oder auch zwischen Studenten und Stadtverwaltung bzw. deren Bürgern pflegten Studenten die Stadt zu verlassen und erst zurückzukommen, wenn ihre Forderungen erfüllt waren. Im 18. und frühen 19. Jahrhundert gab es zahlreiche solcher Auszüge. Und meistens waren sie erfolgreich, denn wenn alle Studenten eine Universitätsstadt verließen, dann hatten die Professoren ihre *raison d'être* und die Stadt einen großen Teil ihrer Einnahmen verloren. 1848 nutzten die Göttinger Studenten dieses traditionelle Mittel und verließen am 17. März 1848 die Stadt. Der Auszug richtete sich diesmal allerdings weder gegen die Universität noch gegen die Stadt, sondern gegen den staatlichen Kommissar und den örtlichen Polizeichef, die die Universität kontrollierten. Die Studenten wurden unterstützt durch die Professoren und den Stadtrat, und ihr Erfolg überstieg alle Erwartungen: Nicht nur wurde der Staatskommissar entlassen und der Polizeichef versetzt, der König von Hannover entließ auch seinen konservativen Ministerpräsidenten und ernannte liberale Minister. Am 1. Mai 1848 kehrten die Studenten im Triumph nach Göttingen zurück.
4. Ein anderes traditionelles Mittel studentischen Protests war der Vorlesungsboykott, heute Streik genannt. Die Marburger Studenten praktizierten diese Methode vom 2. bis 5. Mai 1848 und erreichten damit, daß der Staatskommissar und der Polizeichef von Marburg entlassen wurden.

5. An den meisten Universitäten unterstützten die Studenten Petitionen der Universitätssenate, in denen die jeweiligen Staatsregierungen zu politischen und hochschulpolitischen Reformen aufgefordert wurden. Das geschah in Bonn, Leipzig und Rostock. Oder die Studenten verfaßten ihre eigenen Petitionen – so in Berlin, Erlangen, Gießen, Rostock und Würzburg im März 1848.

Die Motive für den Protest der Studenten waren eine Mischung aus Unzufriedenheit mit der politischen Situation, wie sie im deutschen Bürgertum weit verbreitet war, und dem Streben nach Reformen der Universitäten und der akademischen Ausbildung. Und so formulierten die Studenten einerseits die Forderungen des liberalen Bürgertums wie: Pressefreiheit, Gewissens- und Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Trennung von Verwaltung und Justiz, öffentliches Gerichtsverfahren und Schwurgerichte, allgemeine Volksbewaffnung, nationale Einheit und den Verfassungsstaat. Speziell auf die Universität bezogene Forderungen der Studenten (und übrigens auch der meisten Professoren) waren: Aufhebung der Carlsbader Beschlüsse von 1819 (die tatsächlich am 2. April 1848 erfolgte), absolute Lehr- und Lernfreiheit und Reform der Universitätsverfassungen. Welchen Einfluß Studenten auf die örtliche Politik hatten, hing von der Größe der Universität und der Universitätsstadt ab.

3 Radikale Studenten im Sommer 1848

Die Mehrheit der Studenten war gemäßigt liberal, d. h. sie traten wie das liberale Bürgertum für Reformen und nicht für eine Revolution, für eine konstitutionelle Monarchie und nicht für die Republik ein. An 13 Universitäten lassen sich 1848 aber auch radikale oder republikanische Studentengruppen feststellen. Im zeitgenössischen Sprachgebrauch werden diese radikalen Studenten häufig als „Sozialrevolutionäre“ bezeichnet. Das ist insofern irreführend, als diese Studenten weder an Gewalt noch an gesellschaftlichen Umsturz dachten, wohl aber soziale Reformen im Interesse der unteren Klassen und die republikanische Staatsform forderten. Diese studentischen Gruppen unterhielten Verbindungen zu den demokratischen oder republikanischen Vereinen, die im Verlauf der Revolution in vielen Orten gebildet wurden. In Berlin dominierten die Radikalen die studentischen

sche Vollversammlung bereits am 18. März 1848. Ihr Führer war übrigens ein Schweizer Student, Johann Georg von Salis, aus einer aristokratischen Familie in Graubünden.

Während des Sommers 1848 konnten die Radikalen ihren Einfluß durch rastlose Agitation ausweiten. In Leipzig wurden die Radikalen die „allzeit tätige Linke“ genannt. Versuche von Universitäts- und Staatsautoritäten, diese Gruppen aufzulösen oder zu verbieten, führten zu Solidarisierungseffekten. So riefen die Heidelberger Studenten am 17. Juli zu einem Auszug auf, um gegen die Pläne zur Schließung des Demokratischen Clubs zu protestieren, und kehrten am 27. Juli zurück, als diese Pläne aufgegeben wurden.

Die republikanischen Studenten unterstützten die republikanischen und demokratischen Volksvereine und deren Kandidaten in den Wahlkampagnen durch Flugblätter, Reden und Zeitungsartikel. Wie groß ihre Zahl war, ist schwer festzustellen. Heide Thielbeer hat in ihrer Untersuchung über „Universität und Politik in der Deutschen Revolution von 1848“ das Material von zehn Universitäten mit ca. 6000 der insgesamt 11.500 Studenten ausgewertet und kommt zu dem Ergebnis, daß nur 350 von diesen 6000 Studenten als republikanische Aktivisten eingestuft werden können. Ebenso viele Studenten zählt sie zu den Sympathisanten. Das heißt, daß sich etwa 5 Prozent der deutschen Studenten aktiv für die Revolution eingesetzt und 12 Prozent einen politischen Wandel befürwortet hätten.⁵

Thielbeer hat auch die Biographien von 193 sogenannten revolutionären Studenten untersucht und ist dabei zu interessanten Ergebnissen gekommen. Demnach machten unter ihnen die Jura-Studenten mit 46 Prozent den größten Anteil aus. Ihnen folgten die Theologen mit 22 Prozent, die Philosophen (zu denen damals auch die Naturwissenschaftler gehörten) mit 17 Prozent und zum Schluß die Mediziner mit 15 Prozent. Die Juristen waren verglichen mit ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Studenten, der bei 32 Prozent lag, eindeutig überrepräsentiert, die Philosophen eindeutig unterrepräsentiert, denn ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studenten lag bei 25 Prozent. Der Anteil der Theologen und Mediziner an den „revolutionären Studenten“ entsprach in etwa ihrem Anteil an der Gesamtstudentenschaft.⁶

⁵ Thielbeer (Anm. 4), 140.

⁶ Ebd., 128.

Als Grund für den hohen Anteil von Jura-Studenten an den republikanischen oder revolutionären Studenten wird in der Forschung gelegentlich vermutet, daß hier eine Revolte der Juristen stattfand, denen es um die Neugestaltung der Verfassungen und der Rechtsnormen ging. Hier ist aber auch darauf hinzuweisen, daß gerade unter den Jura-Studenten die Unzufriedenheit so groß war, weil die meisten eine Karriere im Staatsdienst anstrebten, die Regierungen der deutschen Einzelstaaten in den Jahren vor 1848 aber nur sehr wenige Referendare – und diese auch nur nach einer sehr sorgfältigen Prüfung hinsichtlich der politischen Zuverlässigkeit – einstellten. Die Juristenrevolte erklärt sich also auch aus der Unzufriedenheit dieser Studenten mit ihrer Situation und der Sorge um ihre Zukunft.

Die politischen Konzepte der liberalen und radikalen Studenten und ihre Vorstellungen über eine Universitätsreform wurden 1848 auf zwei nationalen Studententagen diskutiert, die zu Pfingsten 1848 (13. Juni) und im September 1848 auf der Wartburg stattfanden.

4 Das Pfingsttreffen auf der Wartburg im Juni 1848

An diesem Treffen nahmen 1200 Studenten aus fast allen deutschen und österreichischen Universitäten teil. Für diese Studenten bestand gar kein Zweifel daran, daß Österreich ein Teil des künftigen vereinigten Deutschland sein würde. Auch die Studenten der Universität Prag waren eingeladen worden, doch deren tschechische Mehrheit lehnte eine Teilnahme ab mit der Begründung, die Universität Prag sei „keine deutsche Universität“.

Auf dem Treffen wurde schon bald klar, daß die Studentenbewegung – wie die oppositionelle Bewegung von 1848 generell – in zwei Flügel gespalten war: einen liberal-konstitutionellen und einen radikalen, republikanischen. Die Liberalen unterstützten den Gedanken der konstitutionellen Monarchie und die nationale Einheit durch eine Vereinbarung zwischen der Nationalversammlung in Frankfurt und den regierenden Dynastien der Einzelstaaten. Sie waren mehrheitlich auch für eine kleindeutsche Lösung, also ein vereinigtes Deutschland ohne Österreich unter preußischer Führung.

Die Republikaner verwarfen die Idee einer gesamtdeutschen Monarchie unter Führung eines der Einzelstaaten. Sie mißtrauten der Nationalversammlung, die ihrer Meinung nach den Volkswillen verfälscht hatte. Sie forderten eine deutsche Republik mit einem vom Volk gewählten Präsiden-

ten an der Spitze – nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Für sie war die Republik „die einzige Staatsform für alle edlen und gebildeten Menschen“.⁷ Der Wortführer der Radikalen war übrigens ein gewisser Johann Micquel. Er wurde Jahre später preußischer Bürgermeister von Frankfurt, in den Adelsstand erhoben und Innenminister unter Bismarck.

Was die Universitätsreform angeht, so diskutierten die Delegierten drei Stunden lang über die akademische Sondergerichtsbarkeit. Seit dem Mittelalter war sie ein Eckstein und Symbol der Scheidung zwischen Universität und Gesellschaft gewesen. Die linken radikalen Studenten, aber auch ein Teil der Liberalen, wollten sie daher abschaffen. Die rechten Liberalen und die rechten Studenten, vertreten durch die Corps, wollten sie beibehalten wissen. Der Antrag des Berliner Delegierten von Salis auf Abschaffung der akademischen Gerichtsbarkeit wurde schließlich mit einer Mehrheit von 175 Stimmen angenommen.⁸

Weitere wichtige Punkte der Universitätsreform, die diskutiert wurden, waren: Zulassung zur Universität, Abschluß-Examina, Studiengebühren, Beteiligung der Studenten an der akademischen Selbstverwaltung und die nationale Organisation der deutschen Studentenschaft. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, die die Abschaffung aller Restriktionen für einen Studienortwechsel forderte. Lange diskutiert wurde über einen Antrag der Radikalen, wonach jedermann (auch bei ihnen war von Frauen nicht die Rede) zum Studium zugelassen werden sollte, auch wenn er kein Abitur vorweisen konnte. Dieser Antrag fand keine Mehrheit. Ein weiterer Antrag der Radikalen, alle Studiengebühren abzuschaffen, um die Universitäten für alle Stände zu öffnen, wurde ebenso angenommen wie die Forderung, daß Studenten „bei der Wahl akademischer Behörden und bei der Besetzung der Lehrstühle“ beteiligt werden sollten. Diese Beschlüsse wurden als Forderungskatalog an die Frankfurter Nationalversammlung gesandt, dort aber nie behandelt.

Im übrigen forderten die auf der Wartburg versammelten Delegierten alle deutschen Universitätsstudenten auf, Studentenausschüsse zu bilden, was im Laufe des Sommers auch geschah. Die meisten dieser Studentenaus-

⁷ Zitiert nach ebd., 143.

⁸ Ebd., 196.

schüsse wurden von der Linken dominiert, die ein klares Programm hatte, während die anderen Studenten entweder passiv oder gleichgültig waren.

Auf dem Pfingsttreffen war ein weiterer nationaler Studententag beschlossen worden, der vom 25. September bis 3. Oktober 1848 wieder auf der Wartburg stattfand. Diesmal kamen nur noch 57 Vertreter aus 13 deutschen Universitäten. Vertreter aus Berlin fehlten, dafür hatte Wien 20 entsandt. Offenkundig war die Begeisterung für die nationale und revolutionäre Sache und für die Hochschulreform unter den meisten Studenten verfloren. Alle Delegierten waren – wie einer unter ihnen, der später berühmt gewordene Carl Schurz, feststellte – Demokraten. Der Studententag nahm die Satzung für eine deutsche Studentenvertretung an, die nach einem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht gewählt werden sollte. Ziemlich radikal fiel auch der Beschluß über die Beteiligung der Studenten an der akademischen Selbstverwaltung aus. Darin hieß es: „Die Universität wird durch einen aus sämtlichen Lehrern und einer gleichen Anzahl von Lernenden gebildeten Ausschuß (Universitätsausschuß) repräsentiert. Der Vorsitz desselben geht aus freier Wahl der Mitglieder hervor.“⁹

Die Akademischen Senate und Professoren der deutschen Universitäten lehnten diese Forderungen ab – mit einer Ausnahme: Würzburg. Nach den neuen Statuten des Akademischen Senats der Universität Würzburg sollte eine Deputation der Studenten an der Wahl von Rektor, Prorektor und Rektoratsräten beteiligt sein. Außerdem sollte im Corpus academicum – einer Art Universitätskonzil – eine Deputation von Studenten, und zwar ein Delegierter pro 100 Studenten, zugelassen werden. Stimmrecht sollten sie allerdings nur in studentischen Angelegenheiten haben.¹⁰

Trotz dieses Teilerfolgs in Würzburg wird man wohl sagen können, daß die Resolutionen des Oktobertreffens auf der Wartburg unrealistisch waren. Die Revolution hatte ihren Gipfelpunkt überschritten, die Konterrevolution war überall auf dem Vormarsch, für die Verwirklichung der hier vorgeschlagenen Hochschulreform fehlten die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen. Selbst auf studentischer Seite bröckelte die Unterstützung rapide ab.

⁹ Zitiert nach ebd., 214.

¹⁰ Ebd., 221.

5 Studenten in der Reichsverfassungskampagne 1849

Daß freilich nicht alle Studenten das Interesse an einer Reform des Deutschen Bundes und an der nationalen Einheit verloren hatten, zeigte sich in der sogenannten Reichsverfassungskampagne 1849. Viele Studenten unterstützten aktiv die Kampagne für die Durchsetzung der im Mai 1849 von der Nationalversammlung angenommenen Reichsverfassung, auch wenn sie mit der darin enthaltenen kleindeutschen und erbkaiserialichen Lösung ebensowenig einverstanden waren wie die Demokraten und Republikaner, die die Reichsverfassungskampagne unterstützten.

Die Universitäten Erlangen und Leipzig protestierten offiziell gegen den Boykott der Reichsverfassung durch ihre Landesfürsten. An vier Universitäten gab es im Mai 1849 Sympathiekundgebungen für die Reichsverfassung und die Nationalversammlung. In Leipzig erklärten 173 Studenten ihr Einverständnis mit den Zielen des Dresdner Aufstandes; in Erlangen legten 180 Studenten einen Eid auf die Reichsverfassung ab; in Marburg forderten 50 Studenten ihre Bewaffnung zur Rettung der Nationalversammlung. Auch in Würzburg forderten die Studenten eine allgemeine Studentenbewaffnung und verließen die Stadt, als die Militärbehörden dies abgelehnt hatten.

Studenten unterstützten aktiv die Revolutionäre, die in Sachsen und in Baden für die Reichsverfassung kämpften. 30 Studenten aus Leipzig und vier aus Jena kämpften auf den Barrikaden in Dresden. In Baden kämpften 130 Studenten aus Freiburg, darunter auch Zöglinge des katholischen Konvikts, gegen die preußische Armee. Sie wurden verstärkt durch 30 Studenten aus Heidelberg, 34 aus München, fünf aus Marburg, drei aus Erlangen und 27 aus Tübingen. Die Niederlage gegen die Preußen haben sie freilich auch nicht verhindern können. Daß diese kämpferischen Studenten allerdings nur noch eine kleine radikale Minderheit darstellten, läßt sich am Beispiel des Akademischen Freicorps in Tübingen illustrieren: Im Frühjahr 1848 umfaßte es 300 Studenten, Ende Mai 1849 nur noch 80 Mitglieder, von denen wiederum nur noch 28 in der „schwäbischen Legion“ für die Reichsverfassung kämpften.

Schluß

Was erreichten die Studenten 1848? Die Carlsbader Beschlüsse von 1819 und die damals begründeten Maßnahmen zur Kontrolle der Universitäten wurden abgeschafft. Die Reichsverfassung der Paulskirche garantierte Freiheit der Forschung und der Lehre. Nach ihrem Scheitern sicherte auch die oktroyierte preußische Verfassung von 1850 die Freiheit von Forschung und Lehre zu. Die Autonomie der Universitäten wurde nach 1848 mehr respektiert als vor 1848. Regierungen und Verwaltungen intervenierten seltener in die Wahl der Selbstverwaltungskörperschaften und die Berufung von Professoren als vorher. Die akademische Gerichtsbarkeit wurde in Preußen 1855 abgeschafft. Die Beteiligung von Studenten an der akademischen Selbstverwaltung wurde nicht erreicht; sie blieb ein Thema bis 1968 und darüber hinaus. Und die Gebührenfreiheit wurde erst in der Folge von 1968 erreicht – und ist erneut umstritten.

Alles in allem war die Bilanz für die Studenten eher negativ. Und das mag zur weiteren Entwicklung der organisierten Studentenschaft in Deutschland beigetragen haben. Wie das besitzende und gebildete Bürgertum insgesamt wandten sich die folgenden Generationen der deutschen Studenten der „Realpolitik“ zu. Sie akzeptierten die Macht als entscheidenden Faktor der Politik, sie unterstützten Bismarck und betrachteten die unter preußischer Führung nach drei Kriegen herbeigeführte Reichsgründung als die Vollendung deutscher Geschichte. Nach 1871 wurden die studentischen Vereinigungen, ob Landsmannschaften, Burschenschaften oder Corps, immer mehr zu aggressiven Männerbünden, die an Nationalismus, Imperialismus und Antisemitismus kaum zu übertreffen waren. Die Wandlung der deutschen Studentenverbindungen von einer fortschrittlichen Bewegung zu reaktionären Organisationen kann auf den Fehlschlag der Revolution von 1848 zurückgeführt werden.